Rundschreiben 11/2011

Thema: Neues Widerrufsrecht / Internetrecht

1. Einleitung

Der Gesetzgeber wurde wiederum aktiv und hat am 03.08.2011 das Gesetz zur Anpassung der Vorschriften über den Wertersatz bei Widerruf von Fernabsatzverträgen und über verbundene Verträge beschlossen. Das Gesetz gilt ab 04.08.2011 und enthält eine Übergangsfrist bis zum 04.11.2011. Bis zu diesem Zeitpunkt können noch ältere Widerrufsbelehrungen, sofern sie der damaligen Gesetzessituation entsprachen, weiter benutzt werden.

2. Ursache der Änderung

Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) hat den Gesetzgeber gezwungen, das Muster der Widerrufsbelehrung bzw. der Rückgabebelehrung abzuändern. Obwohl die Entscheidung schon älterer Natur ist, im Grunde also schon bei der vergangenen Änderung hätte berücksichtigt werden können, ist dies erst jetzt geschehen. Immerhin wurde eine Übergangsfrist gewahrt.

Das Gesetz lautet nun:

§ 312e BGB - Wertersatz bei Fernabsatzverträgen

(1) Bei Fernabsatzverträgen über die Lieferung von Waren hat der Verbraucher abweichend von § 357 Absatz 1 Wertersatz für Nutzungen nach den Vorschriften über den gesetzlichen Rücktritt nur zu leisten,

- 1. soweit er die Ware in einer Art und Weise genutzt hat, die über die Prüfung der Eigenschaften und der Funktionsweise hinausgeht, und wenn er zuvor vom Unternehmer auf diese Rechtsfolge hingewiesen und nach § 360 Absatz 1 oder 2 über sein Widerrufs- oder Rückgaberecht belehrt worden ist oder von beidem anderweitig Kenntnis erlangt hat.*

§ 347 Absatz 1 Satz 1 ist nicht anzuwenden.

(2) Bei Fernabsatzverträgen über Dienstleistungen hat der Verbraucher abweichend von § 357 Absatz 1 Wertersatz für die erbrachte Dienstleistung nach den Vorschriften über den gesetzlichen Rücktritt nur zu leisten,

- 1. wenn er vor Abgabe seiner Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen worden ist und*
- 2. wenn er ausdrücklich zugestimmt hat, dass der Unternehmer vor Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Dienstleistung beginnt.*

§ 357 Abs. 3 BGB wird wie folgt gefasst:

§ 357 BGB Rechtsfolgen des Widerrufs- und der Rückgabe

(3) Der Verbraucher hat abweichend von § 346 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 Wertersatz für eine Verschlechterung der Sache zu leisten,

- 1. soweit die Verschlechterung auf einen Umgang mit der Sache zurückzuführen ist, der über die Prüfung der Eigenschaften und der Funktionsweise hinausgeht, und*
- 2. wenn er spätestens bei Vertragsschluss in Textform auf diese Rechtsfolge hingewiesen worden ist.*

Bei Fernabsatzverträgen steht ein unverzüglich nach Vertragsschluss in Textform mitgeteilter Hinweis einem solchen bei Vertragsschluss gleich, wenn der Unternehmer den Verbraucher rechtzeitig vor Abgabe von dessen Vertragserklärung in einer dem eingesetzten Fernkommunikationsmittel entsprechenden Weise über die Wertersatzpflicht unterrichtet hat. § 346 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 ist nicht anzuwenden, wenn der Verbraucher über sein Widerrufsrecht ordnungsgemäß belehrt worden ist oder hiervon anderweitig Kenntnis erlangt hat.

Im Kern ging es bei der damaligen EuGH-Entscheidung darum, dass das nationale deutsche Recht nicht ausreichend berücksichtigt, dass ein Verbraucher nicht mit Wertersatz im Falle eines ausgeübten Widerruf- oder Rückgaberechts belastet werden darf, wenn er die Ware lediglich probiert. Der EuGH hat offen gelassen, ob generell auf eine Wertersatzpflicht verzichtet wird, oder ob es bestimmte Fälle geben soll, unter denen dennoch ein Wertersatz gefordert werden kann.

Der Gesetzgeber hat sich nun dazu entschieden, keinen Wertersatz vom Verbraucher zu fordern, wenn dieser die Ware lediglich in einer Art und Weise nutzt, die über die Prüfung der Eigenschaften und der Funktionsweise nicht hinausgeht.

Dabei hat der Gesetzgeber „Augenmaß“ bewiesen.

Seit der EuGH-Rechtsprechung war es für den Verkäufer nicht einfach, die Grenzen zu ziehen. Wenn ein Verbraucher die Ware in einer Weise nutzt, die nicht erforderlich ist, um sein Widerrufsrecht effektiv auszuüben, entspricht es den allgemeinen Grundsätzen von Treu und Glauben, für diese weitergehende Nutzung bzw. Abnutzung der Ware Wertersatz leisten zu müssen. Es wäre deshalb unbillig, wenn der Unternehmer diesen Nachteil alleine tragen müsste. Nicht selten kann eine benutzte Sache nicht mehr als neuwertig verkauft werden und ist daher für den Unternehmer faktisch wertlos.

Folge wäre ansonsten, dass ein Verbraucher absolut risikolos mindestens zwei Wochen die Ware nutzen kann und dann ohne Gefahr, Wertersatz leisten zu müssen, diese zurück gibt.

In der Praxis dürfte es aber für den Verkäufer schwierig sein, eine derartige darüber hinausgehende Nutzung zu beweisen. Die Beweislast für eine Nutzung der Ware, die im Einzelfall über die Prüfung der Eigenschaften und der Funktionsweise hinaus geht, liegt nämlich beim Unternehmer.

Gemildert werden soll dies dadurch, dass es nach Auffassung des Gesetzgebers Situationen gibt, die eine derartige Nutzung über diese Prüfung hinaus, nahelegen:

- Deutliche bzw. erhebliche Gebrauchsspuren, die nach allgemeiner Lebenserfahrung dafür sprechen, dass dies typische Folge einer intensiven Nutzung nicht lediglich einer Prüfung ist.
- Umstände des Einzelfalls, wenn beispielsweise ein Hochzeitskleid erworben wird, das nach der Hochzeit erst zurück gegeben wird.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Rechtsprechung entwickeln wird. Immerhin wird dadurch ein Stück Rechtsklarheit geschaffen, auch wenn im Einzelfall immer jede Situation neu geprüft werden muss.

3. Zusammenfassung

Die Verkäufer, die über einen eShop Ware verkaufen, sind nun gezwungen, bis zum Ablauf der Übergangsfrist zum 04.11.2011 eine neue Widerrufsbelehrung zu erarbeiten und einzustellen. Ansonsten drohen kostenintensive Abmahnungen.